

COMMUNIQUE

Bern, 16. Januar 1995

zur heutigen Medienkonferenz des Komitees gegen die drei Landwirtschaftsvorlagen

Falsches Spiel der Gegnerschaft

Das Komitee "für eine umwelt- und marktgerechte Landwirtschaft" wehrt sich gegen das falsche und verdeckte Spiel der Gegnerschaft der drei Agrarvorlagen vom 12. März. Die Allianz der Gegner versucht mit undifferenzierten und polemischen Vorwürfen die eigenen Interessen zu verfolgen. Es geht ihnen einzig darum, ihre Initiativen in eine gute Startposition zu bringen und den Weg frei zu machen für billige ausländische Importe. Sinnvolle Perspektiven für die Landwirtschaft können sie hingegen nicht aufzeigen.

Von einer Fortführung der alten Agrarpolitik, wie dies die Gegner behaupten, kann bei den drei Vorlagen nicht die Rede sein. In der schweizerischen Agrarpolitik werden zur Zeit sämtliche Instrumente und Massnahmen überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst. Die drei Agrarvorlagen bilden eine wichtige Etappe in dieser Neuausrichtung hin zu mehr Markt und Umwelt.

Ein dreifaches Nein führt dazu, dass der grundsätzliche Richtungsstreit in der Reform der Agrarpolitik weitergeführt wird. Die Deregulierung der Marktordnung würde erschwert, denn die Landwirtschaft erhält nicht die nötigen Voraussetzungen um mehr Verantwortung für den Absatz ihrer Produkte übernehmen zu können. Schlicht und einfach; die notwendige Reform der Agrarpolitik würde erheblich behindert und verlangsamt.

Im neuen Verfassungsartikel wird von der Landwirtschaft mehr Marktnähe und eine umweltgerechte Produktion gefordert. Damit können Oekologie und Oekonomie sinnvoll unter einen Hut gebracht werden. Bereits heute sind zahlreiche Erfolge der Neuorientierung in der Agrarpolitik im Umweltbereich belegbar: abnehmende Dünger- und Pflanzenschutzmittelmengen, sinkende Tierbestände, zunehmende Anzahl ökologisch produzierender Betriebe.

Die gegnerischen Vorstellungen von einer diktierten, radikalen Oekologisierung über dirigistische Gebote und Verbote stehen im krassen Widerspruch zur Forderung nach einer marktgerechteren und marktorientierteren Landwirtschaft und würden zu einem aufgeblähten bürokratischen Kontrollapparat führen. Als Folge würden zudem billige Importe ohne jegliche Oeko-Auflagen die Schweiz überschwemmen. Wenn einzelne Grossverteiler dieses Ziel verfolgen, hat dies nichts mit Umweltschutz zu tun, sondern ist knallharte Geschäftspolitik. Die Bauern lassen sich so nicht in die Ecke drängen. Sie würden diese radikale Agrarpolitik nicht mittragen.

Der revidierte Milchwirtschaftsbeschluss und die Solidaritätsbeiträge geben den Bauern mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung. Sie sichern damit die nötige Flexibilität am Markt. Die gegnerischen Argumente in diesem Bereich entbehren jeglicher Grundlage. Kein Bauer kann mehr Kontingente kaufen, als er nach den Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes Kühe halten kann. Zudem wird die Milchproduktionsmenge pro Hektare beschränkt. Damit ist gewährleistet, dass die Milchproduktion auch in Zukunft flächengebunden und ökologisch bleibt. Von "Industrieproduktion" und "Milchfabriken" zu sprechen, ist somit reinste Demagogie.

Der richtige Weg ist eine dreifache Unterstützung der Vorlagen vom 12. März. Sie weist der schweizerischen Landwirtschaft einen Weg in die Zukunft.